

Alex Reichwein

„Mission Accomplished“?

**Wie eine kluge westliche Politik gegen den Islamischen Staat aussehen kann
(GGGS Arbeitspapier, 2016)**

Justus-Liebig Universität

Fachbereich für Sozial- und Kulturwissenschaften

Institut für Politikwissenschaft

Karl-Glöckner-Straße 21E

35394 Gießen

alexander.reichwein@sowi.uni-giessen.de

1. Einleitung

„Die USA hatten nicht die Absicht, den Islamischen Staat zu erschaffen. Aber deren zerstörerische Interventionen im Nahen Osten und der Krieg im Irak waren die beiden entscheidenden Geburtshelfer des IS“
(Graham Fuller)¹

Der selbst ernannte „Islamische Staat“ (IS)² stellt aus Sicht der westlichen Staaten gegenwärtig die größte Bedrohung in der internationalen Politik dar. Militärisch scheint die sunnitische Terrororganisation, die ihren Schrecken nicht nur in Syrien und im Irak sondern auch in europäischen Großstädten verbreitet, unbesiegbar zu sein. Aber der IS kam nicht aus dem Nichts. Er lässt sich auch nicht einfach als Folge des Bürgerkrieges in Syrien abtun, der seit 2011 wütet, wenn gleich auf dessen Trümmern die Dschihadisten bereits jetzt als ein Sieger hervorgegangen sind. Seine Wurzeln liegen woanders. Der IS, so lautet das realistische Argument des Beitrages, ist das Produkt einer jahrzehntelangen Nahostpolitik des Westens, der die Region mit seinen Interventionen und Parteinahmen nach eigenem Gusto mal so und mal so geordnet hat. Aus einer realistischen Perspektive, die einem Gleichgewicht der Kräfte in einer konfliktreichen Region das Wort redet und es als kluge Politik versteht, pragmatisch und unter Verzicht auf ideologische Denkmuster auf einen solche *balance of power* hinzuwirken und dabei die Interessen aller beteiligten Staaten in Rechnung zu stellen (Mearsheimer 2001; Waltz 1979), haben die USA und ihre Alliierten eine ganze Reihe an Fehlern gemacht. Als größter Fehler und fataler Irrtum erweist sich mittlerweile der Irak-Feldzug (2003), der von den neokonservativen Kriegstreibern und ihrem obersten Kriegsherren George W. Bush als „Ende einer historischen Mission“ gegen Saddam Hussein betrachtet wurde und den Anfang einer Demokratisierung des Nahen Ostens nach sich ziehen sollte (siehe Reichwein 2011). Letztlich aber beseitigte der aus ideologischen Motiven heraus geführte Krieg ganz im Gegenteil jede Form staatlicher Ordnung im Irak, stürzte eine ganze Region ins Chaos und wirkte so als ein Geburtshelfer für den IS. Washington hat den IS-Terror im Grunde genommen mal wieder selbst erschaffen. Der ehemalige britische Premierminister Tony Blair hat jüngst in einem Interview im „Guardian“ eingeräumt, dass der Irakkrieg ein Fehler gewesen sei,³ und schrieb den Kriegs-Alliierten gegen Saddam, zu denen er gehörte, eine Mitschuld am Aufstieg des IS zu⁴.

1 Im Rahmen seiner Kritik an der US-Außenpolitik, die sich den Terror selbst heranzüchte, den sie anschließend wieder bekämpfen müsse, verweist Noam Chomsky auf dieses Zitat Fullers, ehemaliger CIA-Mitarbeiter und heute Journalist (zitiert nach Lüders 2015: 103).

2 Zum IS (religiöse Ursprünge, seiner Entstehung, seinem organisatorischen Innenleben und seiner Ideologie und Kalifatsidee, seinen politischen, ökonomischen und anderen Aktivitäten, seinen Verbrechen etc.) siehe Buchta 2015: 11-38 („Wie Phönix aus der Asche: Die Rückkehr des 'IS'“), 39-72 („Vergangenheit, die nicht vergehen will: Glaubenspaltungen im Islam“) und 289-320 („Wir Iraks Hydra des Terrors entstand: Die Geschichte des Islamischen Staates“); Lüders 2015: 80-98 („Im Herzen der Finsternis: Was den „Islamischen Staat so erfolgreich macht“); Reichwein 2015b sowie die anderen Beiträge in diesem Heft.

3 www.theguardian.com 25. Oktober 2015.

4 www.sueddeutsche.de 25. Oktober 2015.

Das Phänomen IS, so lautet meine These, lässt sich daher nur aus einer Perspektive einordnen und verstehen, die die westliche Interventionspolitik zum Ausgangs- und Endpunkt der kritischen Auseinandersetzung mit den *Voraussetzungen* für den Terror nimmt. Somit lässt sich auch die Frage, wie die internationale Gemeinschaft mit dem IS umgehen sollte, nur im Rückblick auf die Nahostpolitik der Vergangenheit diskutieren. Eines scheint aber klar: Die USA und ihre Verbündeten müssen eine *angemessenere* Strategie für die Region finden, als dies bislang der Fall war. Trotz der vielen bitteren Lehren und Erkenntnisse der Vergangenheit laufen die westlichen Staaten immer wieder Gefahr, die gleichen Fehler im Umgang mit den Staaten, Regierungen und Bevölkerungen in der Krisenregion zu begehen. Einer Krisenregion, die manchem Staat nicht nur als Quelle allen Übels oder Anlass für Bündnispflicht gilt, sondern gleichzeitig auch als Spielwiese für Eitelkeiten und die jeweils eigene Interessenpolitik willkommen zu sein scheint: Frankreichs Staatspräsident Francois Hollande hat nach den Attentaten von Paris am 13. November 2015 dem IS den Krieg erklärt – und die EU-Partner gemäß EU-Vertrag um militärischen Beistand gebeten. Deutschland beteiligt sich seit Dezember 2015 mit Tornado-Aufklärungsflugzeugen an den Luftbombardements der von den USA angeführten internationalen Anti-Terror-Koalition auf IS-Stellungen in Syrien. Putins Russland begründet seinen Einsatz in Syrien ebenfalls mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Aber ganz offensichtlich dient der Einsatz vor allen Dingen einer Stärkung des Regimes von Präsident Baschar al-Assad. Und die Türkei spricht spätestens seit dem Anschlag in Istanbul vom 12. Januar 2016 und anschließenden Vergeltungsmaßnahmen vom Krieg gegen den Terror. Einen Krieg, den der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan gleichzeitig auf die kurdische PKK im eigenen Land auszuweiten weiß, ohne Sanktionen seitens der EU oder NATO fürchten zu müssen (sondern EU-Gelder zur Aufnahme syrischer Kriegsflüchtlinge erhält, die den Kampf gegen die PKK mitfinanzieren könnten). Die Rhetorik und das Handeln der involvierten Staaten, und insbesondere die Engführung auf militärische Mittel und Ziele gegen den IS, erinnern an den „war on terror“, den die USA nach den Anschlägen der Al-Qaida vom 11. September 2001 ausgerufen und in Afghanistan und im Irakkrieg in die Tat umgesetzt hat (siehe Gadinger/Heck 2008). Ein Krieg, vor dem die Realisten immer gewarnt haben (Gilpin 2005; Mearsheimer/Walt 2003; Walt 2002) und der sich danach als Nährboden für den IS erweisen sollte.

Die Auseinandersetzung mit dem IS bringt eine Reihe von Fragen auf Agenda. Drei stehen im Fokus dieses Beitrages: Welche Voraussetzungen schuf der Westen selbst für das Chaos und die Unordnung im Nahen und Mittleren Osten, die als Nährboden des islamistischen Terrors gelten können (2.)? Warum und wie konnte der IS entstehen und sich ausbreiten (3.)? In diesen ersten beiden Abschnitten wird auch herausgearbeitet, welche Fehler der Westen in der Vergangenheit gemacht hat und auf welche Strategien und ideologische Denkmuster er künftig besser verzichten sollte, um schließlich danach zu fragen, wie eine *angemessene und pragmatische* Reaktionen der westlichen Welt auf den IS-Terror in Form einer klugen Außenpolitik aussehen können (4.). Die Ironie in dieser tragischen Geschichte ist: Es sind die Realisten, denen ein theoretischen Weltbild einer angeblichen Wiederkehr des immer Gleichen - ein unüberwindbarer Wettbewerb der Staaten um Macht - vorgeworfen wird, aus dem sie nicht ausbrechen könnten. Diese Realisten aber sind es, die vor einer Wiederkehr der

immer gleichen Fehler in der US-amerikanischen Nahostpolitik warnen und Alternativen ausbuchstabieren, die auch den roten Faden der folgenden Ausführungen bilden.

2. Die Geister, die wir riefen – Die Vorgeschichte der Entstehung des IS

Um die Frage zu beantworten, warum und wie der IS überhaupt entstehen und sich ausbreiten konnte, muss man weit in die Geschichte der US-amerikanischen Nahostpolitik zurückblicken. Aus einer realistischen Perspektive ist der IS das Ergebnis einer Interventionspolitik ohne langfristige Strategie. Einer Politik, die mal strategische und mal wertegeleitete normative Zielsetzungen verfolgt und dann wiederum beide zusammen in einer einzigartigen Art und Weise verbindet, dabei eine wenn nötig kriegerische *Demokratisierungspolitik* und ein gewaltsames *nation-building* als Politik im Sinne der eigenen Sicherheit und des eigenen Wohlstands verkauft. Und einer Politik, die dazu permanent die Verbündeten gemäß den jeweils eigenen *nationalen Interessen* wechselt - und quasi über Nacht aus den Freunden von gestern die Feinde von morgen macht (siehe dazu Reichwein 2011: 54/55).

2.1 Keine kohärente Strategie für den Nahen Osten

Ein Beispiel für eine aus realistischer Perspektive angemessene und gelungene Nahostpolitik ist die Shuttle-Diplomatie von Außenminister Henry Kissinger in den 1970er Jahren zugunsten der arabischen Staaten: Washington hatte mit der Gründung des Staates Israel 1948 dessen Sicherheit zur obersten Prioritäten in der US-Nahostpolitik gemacht und die US-Armee in der Küstenstadt Haifa eine Militärbasis unterhalten. Stillschweigend oder unterstützend nahm man die sukzessiven Gebietserweiterungen Israels in den diversen Kriegen mit den arabischen Nachbarstaaten hin (siehe Johanssen 2011; Steininger 2012). Erst nach dem Jom-Kippur-Krieg 1973, der mit einer erneuten Niederlage der arabischen Staaten endete und den Höhepunkt der israelischen Macht markiert, wechselten die USA die Strategie. Washington nahm Verhandlungen mit den arabischen Staaten auf und drängten Israel und seine Nachbarn auf das Friedensabkommen von Camp David 1977 (siehe Böhme 2005).

Dahinter standen nicht nur Erwägungen das Gleichgewicht der Kräfte (*balance of power*) in der Region betreffend. Als weitere Motive lassen sich ferner ausmachen, dass die USA aufgrund ihrer Niederlage in Vietnam kriegsmüde und aufgrund ihrer Abhängigkeit vom arabischen Erdöl verwundbar waren (was während der Ölkrise 1973 deutlich geworden war), und dass sie aus Angst, man könnte im Stellvertreterkampf mit der Sowjetunion die aufstrebenden und jungen arabischen Staaten an Moskau verlieren, so handelten. Kissinger und sein Präsident Jimmy Carter sahen darin eine ausbalancierte und kluge Interessenpolitik Amerikas, die beide Seiten bediente und daraus den größtmöglichen sicherheitspolitischen und ökonomischen Vorteil für die USA zog. Der Lohn war ein Frieden zwischen Israel und Ägypten unter Präsident Anwar as-Sadat (der dafür später mit seinem Leben bezahlen sollte). Der Preis dafür war die diplomatische Aufwertung und Anerkennung der Regime in Kairo

sowie im Libanon, in Jordanien, in Syrien und im Irak. Dass sich Realisten nicht immer einig sind, zeigt die Reaktion ihres Vordenkers und Begründers dieser Denkschule in der Lehre der Internationalen Beziehungen: Hans J. Morgenthau sah in dieser neuen Nahostpolitik ein Ausverkauf israelischer Interessen, verglich das Camp David- mit dem Münchner Abkommen der westlichen Staaten mit Hitler 1938 („a Munich-style sell out of Israel“ und eine „policy of Appeasement“ gegenüber den arabischen Staaten; Reichwein 2013a: 142-145, hier zitiert nach Mollov 2002: 186, 190) und sah Israel dem gleichen Schicksal ausgeliefert wie einst die zerschlagene Tschechoslowakei (siehe dazu Mollov 2002; Morgenthau 1967, 1973, 1977a; Reichwein 2013b, 2013c).

2.2 Verwicklungen in Afghanistan: Die USA als Geburtshelfer von Al-Qaida

Was die Entstehung des IS angeht, beginnt die eigentliche und aus realistischer Perspektive offensichtliche Fehlerkette in den 1970er Jahren in Afghanistan. Das Engagement der USA am Hindukusch während der Carter- und Reagan-Ära ist ein Lehrstück falscher Nahostpolitik im Namen vermeintlich amerikanischer Interessen und eines geostrategischen Spiels, die trotzdem ideologisch angeleitet ist. Washington zeigte sich angesichts der Invasion der Sowjetunion am 24. Dezember 1979 als Unterstützer der afghanischen Freiheitskämpfer gegen die Invasoren. Dazu statteten US-Militärs die sunnitischen Mudschaheddin (sic!) mit Waffen, strategischem Know How und Geld aus. Die USA unterstützten damals jenen „Heiligen Krieg“, der sie heute einholt, weil er sich seinerzeit gegen den eigenen und „richtigen“ ideologischen Gegner richtete. Die Motive waren eine erhoffte Niederlage Moskaus zugunsten eines strategischen Vorteil Amerikas im Kalten Krieg. Es war aber auch ein ideologischer Anti-Kommunismus, der die US-Außenpolitik damals anleitete. Der Lohn: Moskau verlor in Afghanistan und zog 1989 ab, und diese trug maßgeblich zum Ende des Sowjetreichs bei. Der Preis aber war ein doppelt hoher: Aus den vom Westen hofierten und unterstützten Freiheitskämpfern wurde zum einen die Gruppe *Al-Qaida* („Die Basis“) unter Führung des Saudi Osama bin Laden. Dessen Ziel war ein Kalifat, das sich von Afghanistan aus, in das seit 1989 immer mehr Islamisten aus aller Welt strömte, ausbreiten sollte. Dazu baute Bin Laden nach der Flucht der pro-russischen Regierung aus Kabul und im Schatten der neuen Taliban-Regierung ein umfangreiches und weltweites Terror-Netzwerk in einem Land auf, das zunehmend in ethnische Gruppen und entlang religiöser Bruchlinien zerfiel. In einem Land, in dem die mehrheitlichen Paschtunen (auch aus dem benachbarten Pakistan) und die von den USA finanzierten Mudschaheddin zu Al Qaida überliefen. In einem Land, in dem nach dem Rückzug der Russen und der mangelnden Bereitschaft der USA, eine stabile und Nachkriegsordnung aufzubauen, keine Staatlichkeit im westlichen Sinne mit einem funktionierende Polizeiapparat und einer Armee mehr existierte. In einem Land, in dem die radial-islamistischen Taliban („Religionsstudenten“) vom südlichen Kandahar aus ihren Siegeszug antraten, 1994 in Kabul ankamen und 2001 mehr als 90 Prozent Afghanistans mit ihrem eigenen Verständnis von Sicherheit und Ordnung kontrollierten (siehe Lüders 2015: 23-36).

Die USA hatten keine Strategie für ein Afghanistan *nach* der Befreiung von der sowjetischen Herrschaft gehabt. Das hatte fatale drei fatale Folgen. Als die Bande zwischen dem

demokratischen Amerika und dem autokratischen saudischen Königshaus, das für die USA wichtiger Erdöllieferant und willkommener Unterdrücker der vom Iran unterstützten Schiiten im Königreich und in anderen Staaten der Region zugleich war und dafür ohne Einschränkungen die Führungsmacht im sunnitischen Islam beanspruchen durfte, immer enger wurden, und als Bin Laden in Riad in Ungnade gefallen war, weil er den pro-westlichen Kurs des Königshauses nicht mehr mittrug, drehte sich der Wind. Neben dem seit der Islamischen Revolution 1979 zum Gottesstaat erwachsenen Iran hatten die USA zum einen einen neuen Gegner: Die Terrororganisation Al Qaida, die bereits vor dem 11. September 2001 durch Anschläge in den US-Botschaften in Nairobi (Kenia), Daressalem (Tansania) und Aden (Jemen) sowie auf den US-Zerstörer „USS Cole“ auf sich aufmerksam gemacht hatte – und den 11. September in aller Ruhe vorbereiten konnte. Das zwischenzeitlich durchaus vorhandenen Interesse der USA, mit den Taliban in den Bereichen Erdgas und Öl zu kooperieren, erlosch nach den Vergeltungsattacken der USA auf Ausbildungslager der Al Qaida am 20. August 1998 und nach dem verhängten Wirtschaftsembargo gegen Afghanistan 1999, unter dem insbesondere die Zivilbevölkerung litt. Die Saat des Hasses war gesät und die Fronten geklärt. 15 der 19 Attentäter vom 11. September waren Saudis und mordeten im Auftrag von Al Qaida. Zum anderen mussten die USA in einem langen Krieg, der Operation „Enduring Freedom“, jene Akteure bekämpfen, die sie größtenteils selbst gefördert haben. Und schließlich ist Saudi-Arabien zum Schutzpatron und Unterstützer des IS geworden – ohne dass die USA daran etwas ändern können (siehe dazu Lüders 2015: 23-36).

2.3 Golfkriege, Wirtschaftssanktionen und das „*Project for the New American Century*“

Die Irak-Politik der USA zeichnet sich aus realistischer Perspektive durch noch mehr Fehler aus – und hatte im Blick auf die Entstehung des IS die noch fataleren Spätfolgen, die die westliche Welt nun einholen.

2.3.1 Der Erste Golfkrieg – Washingtons neuer Freund heißt Saddam Hussein

Angefangen hatte alles damit, dass sich Washington Saddam Hussein⁵ zunächst als Partner aussuchte und den Irak im Ersten Golfkrieg⁶ gegen den Iran (1980-1988) mit Waffen, Logistik und Geld unterstützte. Das strategische Motiv mag auch damals ein Denken in Kategorien einer balance of power in der Golfregion gewesen sein, Aber dazu hätte es keines Krieges bedurft, den Saddam zudem vom Zaum brach, um die regionale Vorherrschaft zu erlangen. Saudi-Arabien hätte durch andere Mittel für ein Gleichgewicht der Kräfte sorgen können (siehe Mearsheimer/Walt 2003) Ideologische Motive für diese Entscheidung, den Sunniten Saddam zu unterstützen, erscheinen viel offensichtlicher: Es ging gegen den schiitischen Gottesstaat unter dem radikalen Theokraten und Kleriker Ajatollah

5 Zur Geschichte des Iraks im 20. Jahrhundert und der Rolle Saddams siehe Buchta 2015: 73-138 („Von Monarchen, Diktatoren und Kriegen: Der Irak im 20. Jahrhundert“).

6 Zur Geschichte des Ersten Golfkrieges siehe auch Buchta 2015: 87-104.

Chomeini. Es gingen gegen die Islamische Revolution und Republik. Und es ging gegen einen Staat, der zu Zeiten des persischen Schah noch als westlicher Ziehsohn und Vorzeigekind galt, sich aber mit der Revolution abgewandt hatte und überdies das Existenzrecht Israels infrage stellte - und deswegen von Washington zum Paria-Staat erklärt wurde. Der Irak unter dem General Saddam, der sich 1979 an die Macht geputscht hatte, erschien der Reagan-Administration als geringeres Übel: es war ein brutales Regime, dessen arabisch-nationalistische Baath-Partei aber nichts mit dem sunnitischen Islam am Hut hatten und das an guten Geschäften mit dem Westen interessiert war.

Für diese Verbindung nahm man im Westen in Kauf, dass 1 Millionen Menschen in diesem Krieg, der keinen Sieger kannte, ihr Leben ließen. Und man nahm wissentlich in Kauf, dass Saddam brutal gegen die Opposition im eigenen Land vorging, die Zivilbevölkerung vom Reichtum durch den Ölhandel abschnitt und Giftgas gegen irakische Kurden und Schiiten einsetzte. Der Angriff von Halabdscha 1988, bei dem zwischen 5000 und 10.000 Menschen durch Gas starben, gilt als Symbol des von Saddam betriebenen Völkermords an den Kurden (Gunkel 2013). Das Foto vom 20. Dezember 1983 mit dem Handschlag von Bagdad zwischen Saddam und dem damaligen Sondergesandten Ronald Reagans, Donald Rumsfeld, steht für die strategisch falsche und moralisch fragwürdige US-Nahostpolitik. Und für eine vollkommen unnötige Verquickung in innerarabische Angelegenheiten: Denn es hätte dieses Engagements und der Einmischung noch aus einem anderen Grund gar nicht bedurft: Viele andere arabische Staaten, allen voran Saudi-Arabien, unterstützten den Irak gegen den gemeinsamen Gegner Iran (siehe Lüders 2015: 37-41).

2.3.2 Der Zweite Golfkrieg – Washingtons neuer Feind heißt Saddam Hussein

Wie schnell sich das Blatt wenden kann, musste der militärisch, politisch und ökonomisch enorm geschwächte Saddam, der nach dem Krieg gegen die Iran dringend einen Prestigeerfolg und neuen Geld benötigte, 1991 erleben. Der Irak war hochverschuldet, der Ölpreis war im Keller und die Nachbarstaaten waren mit einer Überproduktion Teil des Problems. Saddam sah nur eine Lösung: den Einmarsch im benachbarten Kuwait am 2. August 1990, um die dortigen Ölquellen auszupressen. Kurzerhand erklärte er das kleine Königreich am Golf zur 19. Provinz der Irak und begründete dies mit historischen Gebietsansprüchen. Die USA hatten in Person der US-Botschafterin April Glaspie in Bagdad lange erklärt, sich nicht in innerarabische Streitigkeiten einzumischen. Das wollten sie zwar nicht als grünes Licht für Saddam verstanden wissen. Sie schätzten den Hasardeur aus Bagdad aber schlicht falsch ein (Rüesch 2016). Übertroffen wurde sie allerdings von Saddam: Wie schon bei seiner Entscheidung, den Iran zu überfallen, den er nach dem Regimewechsel 1979 als geschwächt und auf einen Krieg nicht vorbereitet einschätzte (Mearsheimer/Walt 2003), verschätzte sich der Herrscher aus Bagdad diesmal was die Reaktion der USA auf seine Invasion anging.⁷

Kuwait war seinerzeit neben Saudi-Arabien der wichtigste Erdöllieferant für die USA. Seit der Carter-Doktrin von 1980 gilt der uneingeschränkte Ölzugang für die USA im Persischen

7 Zur Geschichte des Zweiten Golfkrieges siehe auch Buchta 2015: 104-138.

Golf als Garant der nationalen Sicherheit. Jeder Konflikt wird als eine Bedrohung der vitalen Interessen der USA angesehen, und jeder Störenfried kann notfalls militärisch zur Raison gebracht und jeder Verbündete wie Kuwait verteidigt werden (siehe Rüesch 2016). Saddam hatte zudem Saudi-Arabien (die damals die Hälfte der weltweiten Ölreserven hatten) die Führungsrolle im Golf abgesprochen und mit Luftangriffen durch Scud-Raketen auf Israel gedroht. Die Entscheidung in Washington ließ daher weder lange auf sich warten noch gab es Kontroversen zwischen Republikanern und Demokraten: Der damalige Präsident George Bush, ein Pragmatiker, der im Sommer 1990 eine neue Weltordnung unter gleichberechtigter Führung der USA, Europas und anderer Großmächte ausgerufen hatte und ohne jede Ideologie Politik machte, verstand es, geschickt vorzugehen. Zunächst ging er vor die Vereinten Nationen und ließ den Völkerrechtsbruch des Irak vom Sicherheitsrat als solchen verurteilen. Damit sicherte er sich ein einstimmig beschlossenes Mandat (inklusive Russland) zum Handeln. Dann schmiedete Bush auf Basis der UN-Resolutionen 661 vom 3. August 1990 (über Wirtschaftssanktionen und eine Seeblockade gegen den Irak, die humanitäre Güter allerdings ausnahm) und 678 vom 6. August 1990 (die Bagdad ein Ultimatum bis zum 15. Januar 1991 setzte und die Staatengemeinschaft ermächtigte, danach gemäß Artikel 42 der UN-Charta „alle nötigen Mittel“ einzusetzen, um die Iraker aus Kuwait zu vertreiben) eine internationale Allianz mit 34 Staaten unter Einbezug Saudi-Arabiens und sämtlicher arabischer Golfstaaten (inklusive Syriens!) zur Befreiung Kuweits. Dann verlegten die USA Truppen und Kriegsschiffe nach Saudi-Arabien und in den Persischen Golf. Schließlich begann am 17. Januar 1991 die Operation „Dessert Storm“ zur Rückeroberung des kleinen Königreiches. Dem sechswöchigen Luftkrieg, der die Infrastruktur im Irak schwer traf, folgte eine Bodenoffensive durch die Wüste, die am 3. März 1991 endete. Die Opferzahlen auf irakischer Seite liegen nach offiziellen Angaben bei 25.000 bis 30.000 Toten. Die USA stellten mit ca. 500.000 Mann zwar drei Viertel aller Truppen für „Dessert Storm“, mussten aber nur einen Sechstel ihrer Kosten selber tragen. Dem damaligen Außenminister James Baker war es gelungen, neben den arabischen Staaten auch Japan und das wiedervereinigte Deutschland an den Kriegskosten zu beteiligen. Die Alliierten mussten lediglich zusehen, wie Saddam beim Rückzug eine Vielzahl kuwaitischer Ölquellen in Brand steckte (Rüesch 2016).

Bush agierte aus realistischer Perspektive äußerst geschickt. Und er machte nicht den Fehler, den sein Sohn später begehen sollte, und mischte sich nicht in die inner-irakischen Machtkämpfe ein. Das Mandat hatte nur die Befreiung Kuwaits abgedeckt, und so begnügte sich die von Generalstabschef Colin Powell und Truppen-Befehlshaber Norman Schwarzkopf angeführte Allianz mit der Befreiung des ölreichen Kuwaits. Der Marsch nach Bagdad und die Besetzung des Irak blieben aus, Saddam blieb an der Macht. Die kurdischen und schiitischen Oppositionellen und Rebellen hatten vergeblich auf Unterstützung der US-Armee gewartet. Ihr Aufstand wurde von Saddam blutig niedergeschlagen. Washington sah dem Treiben zu.

Trotzdem machten die USA in der Folge des erfolgreichen Feldzuges, gegen den es bis auf einige wenige Anti-Kriegsdemonstrationen wie in Deutschland unter dem Motto „Kein Blut für Öl“ kein politisches Aufbegehren in den beteiligten Staaten gab, zwei folgenschwere Fehler, die unter anderem der Nährboden des IS sind: Zum einen stellte die US- und kuwaitische Kriegspropaganda Saddam und seine Truppen als Kriegsverbrecher hin, die

kleine Babys in Krankenhäusern getötet hätten, was frei erfunden war. Neben dem Iran wurde auch Saddams Irak zum Paria-Staat erklärt. Zum anderen die Umsetzung der UN-Resolution 661. Diese sah umfassende Wirtschaftssanktionen gegen den Irak vor, die durch 13 (sic!) Folge-Resolutionen verstärkt wurden. Diese Sanktionen setzten die westlichen Staaten, auch die USA unter dem neuen Präsidenten Bill Clinton, angesichts der angeblichen *dual use-Problem* mit aller Konsequenz in die Tat um. So sollte beispielsweise verhindert werden, dass etwa Chemikalien wie Chlor, das man zur Trinkwasseraufbereitung braucht, zur Waffenproduktion genutzt würden. Doch der folgende Mangel an medizinischer Versorgung, Nahrungsmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern wie sauberem Trinkwasser traf nur die Zivilbevölkerung mit aller Härte und mit grausamen Folgen für die Kinder, die verhungerten oder an Krankheiten wie Krebs oder Diabetis starben. Oder an den Folgewirkungen der Uran-Bomben, die die britische und die US-Armee abgeworfen hatte. Experten der UN schätzten, dass zwischen 1990 und 2003 mehr als eine Millionen Menschen im Irak ums Leben kamen – wegen der westlichen Sanktionspolitik. Der Ire Denis Halliday, stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen und einer der Koordinatoren der „Humanitären Irakhilfe“, trat 1998 mit folgenden Worten zurück: „Die Politik der Wirtschaftssanktionen ist vollkommen korrupt. Wir sind auf dem besten Wege, eine Gesellschaft vollständig zu zerstören. Jeden Monat sterben 5000 Kinder.“ Eine Gesellschaft, die 1989 nur eine sehr geringe Analphabetenrate hatte und über eines der besten Gesundheitssysteme in der Region verfügte. Sein Nachfolger, der Deutsche Hans von Sponeck, kapitulierte 2000 im Amt mit den Worten: „Wie lange noch soll die irakische Zivilbevölkerung für etwas bezahlen, wofür sie nichts kann?“ (beides zitiert nach Lüders 2015: 45). Die Antwort, ob diese Politik den Preis von Hunderttausenden toten Kindern wert ist, kam unter andere von der damaligen Außenministerin Madeleine Albright: „Ich wette, dass wir uns mehr Gedanken machen um das irakische Volk als Saddam Hussein. Ich denke, das ist eine sehr harte Wahl, aber der Preis – wir glauben, dass es den Preis wert ist“ (zitiert nach Lüders 2015: 46). Die irakische Bevölkerung, und insbesondere die zerstörte Mittelschicht, sah nicht Saddam, sondern den Westen als verantwortlich für das millionenfache Leid und die Verarmung und Perspektivlosigkeit an. Der Westen selbst, so muss man schlussfolgern, hat den Zusammenbruch einer eigentlich westlich gesinnten Zivilisation verursacht (siehe Lüders 2015: 41-47). Das ist auch eine Vorgeschichte des IS, der sich den Hass der Menschen auf den Westen zu eigen gemacht hat und macht.

2.3.3 Das neokonservative Projekt der Demokratisierung des Irak: Saddam muss weg

Zwar beließ es Präsident Clinton in seiner Amtszeit (1992 bis 2000) bei einer Politik des *dual containment in Form* von Wirtschaftssanktionen gegen den Iran und den Irak. Und die USA richteten mit Unterstützung Frankreichs und Großbritanniens auf Basis der UN-Resolution 688 vom 5. April 1991 eine Flugverbotszone im Irak zum Schutz der kurdischen und schiitischen Bevölkerung ein (Lake 1994).

Aber das nächste Unheil US-amerikanischer Nahostpolitik nahm bereits seinen unaufhaltsamen Lauf. In den 1990er Jahren verschaffte sich eine einflussreiche Gruppe zunehmend Gehör in Washington, die die *Demokratieförderung* zur obersten Priorität in der

Außenpolitik erklärte und damit einen vor allen Dingen *ideologischen* Schwerpunkt setzte: die Neokonservativen. Diese Intellektuellen, Journalisten und Publizisten (mit eigenen Blättern wie dem „Weekly Standard“) sowie Universitätsdozenten, größtenteils Mitglieder der sogenannten „Israel-Lobby“ (Mearsheimer/Walt 2007) rund um das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) und angeführt von Irving Kristol und Norman Podhoretz (den ideologischen Köpfen), Charles Krauthammer, Lawrence Kaplan, William Kristol und Robert Kagan (den strategischen Köpfen) sowie Paul Wolfowitz (dem Strippenzieher und stellvertretenden Verteidigungsminister im Kabinett von George W. Bush) und den einflussreichen Bush-Beratern David Frum und Richard Perle mit besten Verbindungen in Politik, Wirtschaft und Medien, stehen der Republikanischen Partei nahe. Die Neokonservativen hatten nach dem Ende der Sowjetunion ihren sinn- und programmstiftenden Anti-Kommunismus durch einen ebenso radikalen Anti-Islamismus ersetzt.⁸ Ihr Fetisch war der Irak und die Beseitigung Saddams. Und dazu war den Architekten des späteren Irakkrieges jedes Mittel recht.

Bereits in den 1970er Jahren war eines der wichtigsten Themen im neokonservativen Diskurs der Nahe und Mittlere Osten. Wolfowitz hat sich in seiner Dissertation „Nukleare Weiterverbreitung im Mittleren Osten: Die politischen und wirtschaftlichen Aspekte von Vorschlägen zur nuklearen Entsalzung“ mit der Region und deren strategischer Bedeutung für die Vereinigten Staaten beschäftigt. Im Kern geht es Wolfowitz um eine Sicherheitsstrategie der USA gegenüber einer sich nuklearisierenden islamischen Welt und im Sinne der „Carter-Doktrin“ um den uneingeschränkten Zugang zum Öl im Persischen Golf. Da zum damaligen Zeitpunkt einige islamische Staaten wie der Jemen, Syrien oder der Iran mit der Sowjetunion sympathisierten, verbanden sich in „Wolfowitz’ Welt“ (Kubbig 2004) strategische und auch ideologische Begründungsmuster für eine regional ausgerichtete US-Strategie im Nahen Osten. Auch Krauthammer, der zu den federführenden Außenpolitikern unter den Neokonservativen zählt, argumentiert *strategisch*. Er erachtete schon damals das Ziel einer weltweiten Demokratisierung für unrealistisch im Blick auf die Erreichbarkeit (2004: 5/6). Daher grenzt Krauthammer die Demokratieförderung geographisch auf jene Regionen von strategischer Relevanz für die USA ein: „We will support democracy everywhere, but we will commit blood and treasure only in places where there is a strategic necessity – meaning, places central to the larger war against the existential enemy, the enemy that poses a global mortal threat to freedom“ (2004: 6). Für Krauthammer existieren im Nahen und Mittleren Osten die größten Gefahren von Krieg und islamistisch-fundamentalistischem Terror. Amerikanische *Sicherheitsinteressen* seien dort in ganz besonderem Maße betroffen.

In den 1990er Jahren setzten sich dann die Ideologen um Podhoretz, Perle und Frum durch. Sie machten einen *Regimewechsel* im Irak zu *dem* außenpolitischen Ziel auf der neokonservativen Agenda. Zunächst hatte Anfang 1998 eine Gruppe, die sich 1997 als „Project for the New American Century“ (PNAC) mit Sitz im neokonservativen American Enterprise Institute (AEI) in Washington D.C. gegründet hatte, in einem offenen Brief an Präsident Clinton einen Regimewechsel gefordert (siehe Homolar-Riechmann 2003). Als

8 Zur Entstehungsgeschichte, zum ideologischen Weltbild und zur außenpolitischen Agenda und den Zielen der Neokonservativen siehe Fukuyama 2007, Homolar-Riechmann 2003, Keller 2008 (der sich selbst als Neokonservativer versteht), Kubbig 2004 und Reichwein 2011.

strategische Begründungen wurden zunächst nur die Gefahren, die vom Saddam-Regime und dessen angeblichen Massenvernichtungswaffen für die Vereinigten Staaten und Israel sowie die Ölreserven in der Golfregion ausgingen, angeführt. Clinton ließ sich auf derartige Forderungen aber erst gar nicht ein und ignorierte die Neokonservativen. Aber die ideologische Karte, die die Neokonservativen dann zogen, sollte kurze Zeit später um einiges stärker und wirkmächtiger werden.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hatten die Neokonservativen leichtes Spiel, die Verbreitung von Demokratie und Freiheit in der Welt auch zur obersten Priorität der außenpolitischen Agenda des neu im Amt befindlichen George W. Bush zu machen. Sie trugen die konkreten Forderungen nach einer wenn nötig auch gewaltsam zu erreichenden Beseitigung des Saddam-Regimes im Irak immer häufiger und offensiver vor (Kaplan/Kristol 2003: 95-111).⁹ Für viele Neokonservative ist eine Demokratisierungspolitik nicht nur *das Leitmotiv* in der Außenpolitik, sondern Teil einer moralischen Mission, an der alle Menschen teilhaben sollen (William Kristol 2003: 2). Irving Kristol (2003: 3) bezeichnete es als eine Verpflichtung für die Vereinigten Staaten, andere Länder zu demokratisieren und vor nicht-demokratischen Kräften nach innen und außen zu verteidigen. Und spätestens seit dem 11. September trieb die Neokonservativen nur noch die Frage um, wie mit der islamischen Welt, insbesondere mit dem islamistisch-fundamentalistischen Terrorismus und mit jenen islamischen Staaten, die diesen Terrorismus unterstützen, umgegangen werden soll (Halper/Clarke 2004: 11). Auch Krauthammer zog nun die Ideologie-Karte und bezeichnete den „Arab-Islamic totalitarianism“ (2004: 6) als *die* neue Bedrohung und Gefahr für den Frieden und für die Freiheit in der Welt und für die Sicherheit der westlichen Demokratien. Frum und Perle begründeten eine Demokratisierungspolitik in der islamischen Welt, in dem sie den fundamentalistischen Islamismus als den dritten ideologischen Gegner der Vereinigten Staaten nach dem Faschismus bzw. Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus darstellten. Frum und Perle gingen, ebenso wie Podhoretz, der in seinem Buch „World War IV“ aus dem Jahr 2007 von einem „Islamofaschismus“ spricht, von einem monolithischen islamistischen Block aus und unterstellen allen islamischen Gruppierungen eine Ideologie des globalen „Dschihad“. Diese Neokonservativen waren (und sind es wohl immer noch) davon überzeugt, dass islamistische Terrororganisationen (zu denen Frum und Perle damals Al Qaida, die Hamas und die Hisbollah zählten), aber auch alle islamischen Gesellschaften und Regierungen, denen eine Demokratiefähigkeit abgesprochen wird, die westlichen Staaten vernichten wollen (Frum/Perle 2004: 1-7).

In diesem total überzeichneten¹⁰ *anti-islamischen* Bedrohungsdiskurs spielen Unterschiede zwischen Terroristen und legitimen (und zum Teil westlich orientierten) Regierungen, sunnitischen und schiitischen Gesellschaften oder politische, ökonomische und kulturelle Unterschiede zwischen einzelnen islamischen Ländern, die selbst zur Zielscheibe terroristischer Anschläge durch das Al Qaida-Netzwerk wurden (und immer noch sind), keine Rolle. Dem Islamismus und den von ihm ausgehenden Gefahren für die westliche Zivilisation

9 Die These, dass die Anschläge des 11. September den Neokonservativen ein „window of opportunity“ für den Irakkrieg bot, vertreten Daalder/Lindsay (2003: 78-97), Halper/Clarke (2004: 201-231), Keller (2008a: 165-183), Kubbig (2004: 26-36) und Rudolf (2003).

10 Fukuyama unterstellt vielen Neokonservativen wie Krauthammer, Frum und Perle eine „apokalyptische Sicht der Bedrohung“ (2006: xii, 66-94).

könne, so die Überzeugung Frums, Perles und Podhoretz', weder durch Diplomatie und Verhandlungen noch durch Wirtschaftsembargos, sondern nur in einer kriegerischen Auseinandersetzung begegnet werden. Dementsprechend forderte Podhoretz auch einen Krieg gegen die Islamische Republik Iran (2007b; Mejas 2007). Dieser Krieg müsse gewonnen und an dessen Ende ein Regimewechsel und die Demokratisierung in den islamischen Ländern stehen (Frum/Perle 2004: 146, 248; Podhoretz 2004, 2007a. In der Einleitung von Frums und Perles Buch „An End to Evil“ wird diese Auffassung sehr deutlich:

If the people responsible for the 9/11 attack could have killed thirty thousands Americans or three hundred thousand or three million, they would have done so. The terrorists are cruel, but they are not aimless. Their actions have a purpose. They are trying to rally the Muslim world to jihad against the planet's only superpower. They commit terror to persuade their followers that jihad can destroy American power. [...] For us, terrorism remains the great evil of our time, and the war against this evil, our generation's great cause. We do not believe that Americans are fighting this evil to minimize it or to manage it. We believe they are fighting to win - to end this evil before it kills again and on a genocidal scale. There is no middle way for Americans: It is victory or holocaust. (Frum/Perle 2004: 6/7).

„Sieg oder Vernichtung“ - Diese sehr stark ideologisch geprägte Sichtweise, dass „der Islam“ (der mit Barbarei gleichgesetzt wird) nach dem Ende des Kalten Krieges zum *neuen politischen Feind* „des Westens“ (der mit der Zivilisation gleichgesetzt wird) geworden ist, sowie die Stilisierung des „Kampfes der Demokratie gegen das Böse“ teilen alle Neokonservative (Robert Kagan 2008: 52-55, 88-93). Diese Kriegs-Rhetorik erinnert an die anti-westliche Propaganda des IS heute, die vom erbarmungslosen „Heiligen Krieg“ gegen die „westlichen Kreuzfahrer“ und „Ungläubigen“ spricht, und die Dschihadisten diesen Krieg in die europäischen Städte tragen (siehe Reichwein 2015b).

Die Neokonservativen führten in ihren Begründungen für den Irakkrieg ideologische und strategische Argumente an. Im Irak, so die Überzeugung im denkbar einfach gestrickten neokonservativen Weltbild, werde sich eine liberale Gesellschaft etablieren, die den Weg in die Demokratie und damit in den Fortschritt, in die Moderne und die westliche Zivilisation finde. In einer Art Dominoeffekt würden alle anderen islamischen Länder von dieser Dynamik erfasst. Durch den Demokratieexport würden gleichzeitig der Nährboden für den Terrorismus ausgetrocknet und die Sicherheit der USA und seiner Verbündeten vor Ort erhöht (Kagan 2004; Krauthammer 2004: 6/7; Kristol/Kagan 1996: 27/28). Die neuen Demokratien würden Frieden und Stabilität in der Region fördern und Amerika als einen politischen und wirtschaftlichen Partner ansehen. Die Demokratieförderung zielt im neokonservativen Verständnis also darauf ab, neue demokratische Verbündete zu kreieren und so eine demokratische Weltordnung nach „amerikanischen“ Vorstellungen (eine *Pax Americana*) zu schaffen. Die Neokonservativen sind einem Trugschluss aufgesessen. Aber der *point of no return* in der Irakpolitik war längst überschritten. Die Neokonservativen gehörten zu den bedingungslosen Unterstützern des von Bush anschließend geführten Irakkrieges. Wie stark

der neokonservative Einfluss auf Bush war, zeigt sich auch an der *Bush-Doktrin*¹¹ aus dem Jahr 2002, die sich wie ein neokonservatives Pamphlet liest (siehe Reichwein 2011: 66/67) . Dieser Krieg war für Frum und Perle (2004: 29) allerdings nur der erste Schritt einer groß angelegten Demokratisierungsoffensive im Nahen und Mittleren Osten. Auch Kaplan und William Kristol waren sich sicher:

The mission begins in Baghdad, but it does not end there. Were the United States to retreat after victory into complacency and self-absorption, as it did the last time it went to war in Iraq, new dangers would soon arise. Preventing this outcome will be a burden, of which war in Iraq represents but the first instalment. But America cannot escape its responsibility for maintaining a decent world order (2003: 124/125).

Mit dem IS hatte damals niemand von den strategischen Köpfen gerechnet. Aber genau der ist das Ergebnis des folgenden Irakkrieges.

3. Der Kardinalfehler: Der Irakkrieg (2003), kein Masterplan für danach und die Stunde des IS

Die Geschichte des Dritten Golfkrieges und seiner Folgen (siehe Lüders 2015: 50-57) ist schnell erzählt.¹² Nach dem Beginn der Operation „Enduring Freedom“ in Afghanistan setzten sich in Washington die neokonservativen und ultra-nationalistischen Kräfte um den neuen Außenminister Donald Rumsfeld und Vize-Präsident Dick Cheney durch und nutzten die Gunst der Stunde, um einen vollkommen unnötigen und illegitimen Krieg vom Zaum zu brechen, der großen Schaden für die westliche Welt anrichten sollte.

3.1 „Mission accomplished“ - Saddam wird beseitigt

Die Bush-Regierung hatte sich lange Zeit vergeblich um eine UN-Resolution bemüht. Am Ende schlug man ohne zu beziehungsweise berief sich auf die alten Resolutionen, die George Bush 1991 erhalten hatte (siehe Brock 2004). Als Kriegsgründe wurden vom eigentlich pragmatischen, aber ebenfalls im ideologischen Morast versunkenen Außenminister Colin Powell offiziell angebliche Massenvernichtungswaffen genannt (für die man gefälschte Beweise des CIA und des BND sowie gekaufte Aussagen geflohener ehemaliger Mitarbeiter des irakischen Chemiewaffenprogramms vorlegte und die man nie gefunden hatte) sowie, und das war neu, die angebliche Unterstützung von Al-Qaida-Terroristen im Zweistromland (wofür es ebenfalls keine Beweise gab). Hinter dem erneuten Waffengang steckte jedoch auch die Demokratisierungsagenda der Neokonservativen. Und diesmal war das Ziel klar: die Beseitigung Saddams und ein Regimewechsel in Bagdad.

11 Zur „Bush-Doktrin“ siehe Daalder/Lindsay (2003: 116-128), Rudolf (2003) und Wilzewski (2004).

12 Siehe dazu auch Buchta 2015: 139-180 („Von Clinton über George W. Bush zur US-Invasion Washingtons Irak-Politik“) und die Beiträge in Kubbig 2003.

Am 19. März 2003 begann der Angriffskrieg. Am 7. April 2003 marschierte die Alliierten Truppen in Bagdad ein. Saddam und sein innerster Machtzirkel flohen und tauchten unter oder wurden gefangen genommen und kamen in Haft. Der gestürzte Diktator selbst wurde im Dezember 2003 in einem Versteck in seiner Heimatstadt Tikrit entdeckt, von einem Gericht zum Tode verurteilt und am 30. Dezember 2006 gehängt. Am 1. Mai 2003 hielt George W. Bush auf dem Flugzeugträger „USS Abraham Lincoln“ seine berühmte „Mission accomplished“-Rede - aber die Sache war keineswegs „durch“ und „erledigt“, wie sich zeigen sollte. Denn die USA hatten keinen Plan für eine Nachkriegsordnung im Irak. Es entbrannte ein Machtkampf zwischen den Peschmerga-Kurden im Norden, den Sunniten im Zentrum (die unter Saddam die Macht hatten und diese durch die Baath-Partei, das Militär und die Geheimdienste eisern zu verteidigen wussten) und den ungefähr 60 Prozent Schiiten im Süden (die von Saddam ebenso wie die Kurden grausam unterdrückt worden waren).

Die Kritiker liefen angesichts von so viel Kurzsichtigkeit in Washington Sturm. Die Neo-Realisten Mearsheimers und Walts (2003) schimpften, dass es rein rational und strategisch betrachtet gar keinen Anlass gegeben habe, Saddam und damit gleichzeitig auch die „stabile Ordnung im Nahen Osten“ sowie das funktionierende „Kräftegleichgewicht zwischen dem Iran, Irak und Israel“ (die sich militärisch gegenseitig in Schach gehalten hätten) zu beseitigen – und sich die USA mit diesem von „ideologischen Animatoren“ (Gilpin 2005) geführten „unnecessary war“ (Mearsheimer/Walt 2003) ein Eigentor geschossen hätten, das sich mittlerweile auch durch die Existenz des IS ausdrückt. Mit dem „demokratischen Kreuzzug“, so die beiden US-Amerikaner, sei die mit Kissingers Pendeldiplomatie etablierte alte Erfolgsformel US-amerikanischer Nahostpolitik einfach ad acta gelegt worden. Die Argumentation mag nüchtern-pragmatisch sein, das Argument altbacken daher kommen und die Vorstellung eines Iraks unter Saddam (der den ersten Golfkrieg begann, Kurden und Schiiten brutal unterdrückte und Israel bedrohte) großes Unbehagen hervorrufen und nicht jedem gefallen. Falsch ist es deswegen aus realistischer Perspektive, die stets nach dem geringere Übel in der Politik und den Folgekosten moralisch vermeintlich richtiger Handlungen fragt, nicht.

3.2 Das Chaos danach – die Geschichte von Haji Bakr

Laut Lüders (2015: 51-53) haben die USA nach dem Feldzug drei große Fehler begangen: Erstens nach der Beseitigung des sunnitischen Saddam-Clans ein Machtvakuum hinterlassen, das auch die eingesetzte Zivilverwaltung um Paul Bremer nicht füllen konnte. Bremer schaffte es lediglich, die Ölquellen an amerikanische und britische Firmen zu verkaufen. Zweitens haben die Verantwortlichen das Land konfessionalisiert und so die religiösen-ethnischen Trennlinien, die bis dato kaum eine Rolle beim Kampf der Akteure um Macht und den Oberbefehl über die Armee und das Öl als Devisenbeschaffer gespielt hatten, unnötig aufgewertet. Das machte einen nationalen Dialog aller Bevölkerungsgruppen und deren Repräsentanten über eine stabile Nachkriegsordnung im Irak unmöglich – und vertiefte die Gräben zwischen Schiiten, Sunniten und Kurden. Drittens haben die Kriegsgewinner die Baath-Partei verboten und Saddams Armee aufgelöst. Damit wurden viele Sunniten, unter Saddam einst reich an Ämtern, Einfluss und Geld und nun vollkommen entmachtet, in die

Arbeits- und Perspektivlosigkeit getrieben. Sie fühlten sich betrogen, waren frustriert und fanden erst Jahre später eine neue Aufgabe und Heimat – im Islamischen Staat. Und sie schworen Rache am Westen. Das war die eigentliche Geburtsstunde des sunnitischen Widerstandes gegen die USA, die von Washington protegierte neue schiitische Regierung von Ministerpräsident Nuri al-Maliki - und damit für den IS. Hinzu kamen die Schikanen des von den USA eingesetzten schiitischen Regimes und seiner Armee gegen die Sunniten und deren brutale Unterdrückung aus Machterwägungen und Rache für die Verbrechen Saddams an den Schiiten. Maliki regierte das Land von April 2006 bis August 2014. Und die USA sahen (zusammen mit Teheran!) zu, wie die Schiiten die Sunniten aus der neu aufgebauten Armee und den Verwaltungsämtern entfernten, unterdrückten und töteten. Erst als die USA merkten, dass unter Maliki eine durchaus denkbare und mögliche Koalition gemäßiger Schiiten und Sunniten gegen den von Syrien aus operierenden IS unmöglich war, musste er gehen. Da war es aber bereits zu spät, denn der IS war bereits auf dem Vormarsch.¹³

Die Entwicklungen zwischen 2003 und 2014 führten zu zwei fatalen Entwicklungen: Zum einen der blutige Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten, dem Schätzungen zufolge mehrere Zehntausende Menschen zum Opfer gefallen sind und der den einst stabilen Irak in ein anarchisches Chaos stürzte, das auch die US-Truppen nicht mehr in den Griff bekamen - und später aus dem Zweistromland abziehen sollten. Schätzungen gehen davon aus, dass neben den eine Millionen Toten im Ersten Golfkrieg seit der US-Invasion in Kuwait 1990 weitere zwei Millionen Iraker durch den Zweiten und Dritten Golfkrieg, die Folgen der Sanktionen gegen den Irak und den Bürgerkrieg ihr Leben verloren haben (Lüders 2015: 56/57). Zum anderen befeuerte diese Entwicklungen die Rachegelüste der sunnitischen Eliten - und deren Pläne, einen islamischen Staat nach eigenen Vorstellungen zu schaffen. Die Geschichte von Haji Bakr, einem Luftwaffengeneral und Geheimdienst-Offizier unter Saddam, der 2008 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen wurde, ist das anschaulichste Beispiel, was nach der US-Invasion geschehen war. Wie viele andere aus dem ehemaligen Umfeld Saddams stand Bakr nach seiner Entlassung vor dem Nichts; er war arbeitslos, frustriert und voller Hass auf den Westen. Die Lehre von Bakr und anderen ehemaligen Saddam-Getreuen sei schnell gezogen gewesen, so der Terror-Experte Christoph Reuter: Sie mussten den jungen Menschen etwas Neues und Attraktives anbieten und sie auf eine Linie einschwören: Die Entmachtung der schiitischen Machthaber, der Kampf gegen den Westen und die Gründung eines islamischen Staates. Und der IS sei attraktiv, weil er vielen jungen Menschen, die sich selbst als Verlierer ansehen, etwas anzubieten vermöge: eine Heimat, eine Aufgabe und Macht über Leben und Tod. Das Ergebnis, so Reuter, sei die "nukleare Verschmelzung" zweier gefährlicher Gruppen: Den kühl berechnenden Technokraten wie Bakr auf der einen Seite, die Macht haben und wissen, wie man diese einsetzt und erweitert. Und jenen willfährigen und blind gehorchenden fanatischen Kämpfern auf der anderen Seite, die bereit sind, in den Tod gehen. So wachse der Zulauf zum IS in atemberaubender Geschwindigkeit. Denn auch wenn einer der führenden Köpfe des IS tot ist,

13 Zur Entwicklung im Irak zwischen 2003 und 2014 siehe dazu detailliert Buchta 2015: 181-210 („Washington öffnet die Büchse der Pandora: Die US-Zivilverwaltung im Irak“) und 257-288 („Malikis Comeback, der US-Truppenabzug und die Ausgrenzung der Sunniten: Die Regierung Nuri al-Malikis“).

hätten die Milizen seine Strategie verinnerlicht und gäben diese an neue Kämpfer weiter. Und die verfolgten die ihnen aufgetragenen Aufgaben - wenn es sein muss bis in den Tod. Bakr galt bis zu seinem Tod (Kämpfer der Freien Syrischen Armee hatten ihn im Januar 2014 in seinem Haus im türkisch-syrischen Grenzgebiet bei Tall Rifat gefunden und erschossen) als der strategische Kopf des IS und war der zweite Mann hinter dem religiösen Führer al-Baghdadi. Sein Vermächtnis sind Pläne, wie sich der Terror verbreiten und der IS mit Hilfe von Namenslisten, Kommandostrukturen, Propaganda, Abschreckung, der Infiltrierung von Dörfern und Städten und ihren gut ausgebildeten Kämpfern alle Macht in Syrien und im Irak an sich reißen und den totalen Überwachungsstaat aufbauen kann (siehe Reichwein 2015b).

4. Schluss: Wie eine kluge Politik des Westens in Nahost aussehen kann

4.1 *Bush got the big things not right* - gescheiterte Ordnungs-Strategien

Die bisherigen Strategien US-amerikanischer Nahostpolitik haben sich, das zeigen die Ausführungen in den Abschnitten 2 und 3, als fatale Fehler erwiesen. Zum einen die *today's friend may be tomorrow's enemy*-Strategie gegenüber dem Iran nach dem Schah-Regime, gegenüber den Mudschaheddin in Afghanistan und gegenüber Saddam während des Ersten Golfkrieges sowie eine dahinter stehende Überzeugung, die USA könnten durch eine Politik der ständig wechselnden Partner den Nahen und Mittleren Osten nach eigenem Gutdünken ordnen. Zum anderen hat sich die ideologische Demokratisierungsagenda der Neokonservativen und die denkbar einfache Formel *Demokratieexport gleich Sicherheit* als einer der größten Irrtümer der Geschichte erwiesen. Ein Irrtum, so groß, dass Bush und seine „vollendete Mission“, die Neokonservativen und der Irakkrieg in der nächsten Auflage von Barbara Tuchmans Bestseller *Die Torheit der Regierenden* Stoff für ein neue Kapitel direkt nach dem zum Vietnamkrieg sein sollten. Und auch die Befürworter dieser demokratischen Interventions-Politik, die der Auffassung sind, *Bush Got the Big Things Right. History will be kind to the forty-third president*, sind spätestens seit dem Aufstieg des IS, den keiner vorhergesehen hat, diskreditiert (Keller/Dehez 2009). Schließlich sind die fatalen Folgen einer US-Interventionspolitik, deren Verantwortliche nie einen Masterplan für eine Nachkriegsordnung in Afghanistan oder im Irak hatten, deutlich geworden. Was als „war on terror“ ausgerufen wurde, hat sich ins Gegenteil verkehrt und dem Terror gegen die Menschen in den arabischen Staaten und im Westen immer neuen Nährboden beschert.

Überdies lässt sich festhalten: Diese gescheiterten Strategien der USA haben zum einen immer nur den vermeintlichen (aber ständig wechselnden) eigenen *nationalen Interessen* (unter dem Vorwand, damit auch die Interessen Israels zu vertreten) gedient, ohne die legitimen Interessen anderer arabischer Staaten zu berücksichtigen. Aus realistischer Perspektive ist es allerdings von zentraler Bedeutung für eine kluge und erfolgreiche Außenpolitik, neben den eigenen auch die Interessen anderer Staaten in Rechnung zu stellen und in offenen Verhandlungen und mittels geschickter Diplomatie, frei von Ideologie und Moralismus, auf einen Interessensausgleich und ein Machtgleichgewicht hinzusteuern. Das erhebt Morgenthau in seiner realistischen Außenpolitiktheorie zu einem „moralischen Prinzip“ und sieht darin *den* Erfolgsgaranten in der Außenpolitik (siehe Morgenthau 1952a,

1952b, 1977b; Reichwein 2013a: 73.77, 2013d). Diese US-Strategien haben zum anderen einen Großteil der arabischen Bevölkerung, die bis heute unter den Interventionen und Kriegen leidet, Millionen Opfer zu beklagen hat und auf einem Trümmerfeld einst funktionierender und durchaus prosperierender Staaten zurückgeblieben und nun dem IS ausgeliefert ist, gegen den Westen aufgebracht. Sie helfen, die berechtigte Frage, warum viele Muslime den Westen hassen (Datta 2014), zu beantworten. Außerdem haben die USA nicht nur ein Schlachtfeld, sondern auch ein Machtvakuum im Irak hinterlassen, das der IS heute füllt, die Menschen an die „Kreuzzügler aus dem Westen“ erinnert und auf diesem fruchtbaren ideologischen Boden massenweise Kämpfer für den „Heiligen Krieg“ gegen die „Ungläubigen“ ausbildet (siehe Reichwein 2015b). Aus realistischer Perspektive ist vollkommen klar: Das hätte man alles ahnen können. Denn, so lautet ein realistischer Lehrsatz: Sieht sich ein Staat und dessen Bevölkerung einer Invasion von außen ausgesetzt, um die sie nicht gebeten haben, verbinden sich „nationaler Befreiungskampf“, *Nationalismus* und *Ideologie* (und im Fall des Nahen Ostens auch noch die zuweilen instrumentalisierte Religion) zu einem explosiven Gemisch, dem westliche Staaten, die als „Besatzungsmächte“ angesehen werden, in einem Guerillakrieg nicht gewachsen sind (siehe Morgenthau 1975, 1977b; Reichwein 2013e). Das war *die* realistische Lehre Morgenthaus aus dem Vietnamkrieg, die er in zahlreichen Publikationen aufgeschrieben hat (siehe Morgenthau 1968, 1965a, 1965b; Reichwein 2013f). Die Entscheidungsträger hätten wissen können, wo sie nachlesen müssen. Schließlich lassen alle diese gescheiterten Strategien und Interventionen des Westens im Nahen Osten eine aus realistischer Perspektive entscheidende Machtressource außer Acht: *Glaubwürdigkeit* und *moralische Attraktivität*. Für den realistischen Vordenker waren kulturelle Empathie für den Anderen (auch für andere Religionen und die Geschichte eines Landes), ein Fremdwort für die Bush-Administration und die Neokonservativen, die Integrität, Glaubwürdigkeit und Vorbildfunktion der USA in der Welt, dem andere Nationen folgen konnten wenn sie wollten, sowie Verlässlichkeit durch transparente und demokratische Standards (im Sinne der Gleichbehandlung aller Staaten) jene Pfeiler, auf dem das Selbstverständnis der USA als eine einzigartige Nation und die damit einhergehende rationale, kluge und einer Demokratie würdige Außenpolitik basieren sollten (Morgenthau 1968: 33/34, 1975: 516; siehe Reichwein 2013f: 100-122, 2015a). Und zur *Bestimmung* Amerikas gehört es für Morgenthau, als leuchtendes Beispiel zu dienen und zu Hause im eigenen Land Demokratie, Gleichheit, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit umzusetzen – in dem Wissen um die historische Einzigartigkeit des eigenen Gesellschaftsmodells, auf dessen Strahlkraft nach außen man sich verlassen können muss:

The very plausibility of the American purpose and the possibility of its achievement were from the beginning dependent upon the objective conditions of American existence [...]. American principles [...] could plausibly be held up as a model for others to emulate only if conditions elsewhere were not totally different from those prevailing in the United States. Even in conditions not completely dissimilar, American principles could apply only as ideal guideposts, not as blueprints to be imitated to the letter. America was not a paradise to be duplicated else where, it was a paradise open to all who wanted to enter it. It was a light to attract strangers, not as a flame to be spread throughout the world, that America fulfilled its purpose. The Statue of Liberty is indeed its proper symbol. (Morgenthau 1960: 109)

Eine Interventionspolitik zur Verbreitung von Demokratie und amerikanischen Werten, wie sie die Liberalen Interventionisten in der Tradition Wilsons damals und Neokonservative heute befürworten, waren für ihn das Gegenteil – und Ausdruck kruder, falscher, ideologisch angeleiteter und moralistischer, kriegereischer Außenpolitik. Einer Außenpolitik, die vorgäbe, im Interesse Amerikas zu stehen, aber ganz im Gegenteil zu Macht- und Ansehensverlust führe (Morgenthau 1951; siehe Reichwein 2013g).

4.2 Alternativen

Der Westen steckt in einem Dilemma, das er selbst maßgeblich mit zu verantworten hat. Und da man Dilemmata nicht beseitigen, sondern nur damit umgehen kann, bleibt nur die Frage: Was tun, um aus der Sackgasse herauszukommen und nicht noch mehr Schaden anzurichten? Mit dem IS zu verhandeln, mag denkbar sein. Man müsste ihn anerkennen, damit seine Staatlichkeit als gegeben hinnehmen und diverse völkerrechtliche Normen und Prinzipien entweder außer Kraft setzen oder ganz neu erfinden. Das wäre sicher ein interessantes akademisch-theoretisches Projekt zur Weiterentwicklung des Völkerrechts. Als politische Handlungsalternative scheiden Verhandlungen mit Führern des IS aber angesichts der ungeheuerlichen Verbrechen, die IS-Milizen vor der Weltöffentlichkeit begehen, wohl aus. Auch hier bleibt also nur der Blick aus einer westlichen Perspektive auf die Dinge. Und dazu müssen alle beteiligten Akteure über ihre ideologischen Schatten springen und eine pragmatische und zielgerichtete, kluge Nahostpolitik verfolgen – *gegen* den IS.

Wie schwer das ist, zeigt zum einen schon der Umstand, dass einige Realisten, die einer pragmatischen Politik das Wort reden, selbst nicht frei von Vorurteilen und ideologischen Denkmustern sind. Morgenthau beispielsweise war nicht bereit, eine US-Politik zu unterstützen, die Verhandlungen mit den arabischen Seiten suchte, den Palästinensern einen eigenen Staat in Aussicht stellt und Israel in der ein oder anderen Frage die Schranken wies (siehe Abschnitt 2.1). Noch schwerer in moralischer Hinsicht wird die Diskussion über eine kluge und pragmatische Nahostpolitik, wenn man wie der Beitrag die realistische These vertritt, dass die Entstehung und der Erfolg des IS im Irak und in Syrien die Folge der zusammengebrochenen alten Ordnung in den Staaten ist. Denn dahinter steckt das Argument, die Entmachtung Saddams (und auch Muammar al-Gaddafis in Libyen) sowie die Isolierung von Assad sei ein Fehler gewesen, weil dadurch jene Protagonisten beseitigt beziehungsweise geschwächt worden sind, die jahrzehntelang für eine gewisse Stabilität in ihren Staaten und der Region gesorgt haben – das aber unter menschenverachtenden Bedingungen und mit diktatorischen sowie kriegereischen Mitteln gegen die eigene Bevölkerung. Aber Fakt ist: Die westliche Staatengemeinschaft *hat* sich über Jahrzehnte wissentlich und in Gutsherrenmanier auf einen Deal mit Diktatoren und Feudalherrschern eingelassen (siehe Lüders 2015: 110-141), den man auf die Formel *Stabilität und Ordnung auf Kosten von Demokratie und Menschenrechten* bringen muss - und diesen Deal durch Wirtschaftshilfen, Waffenlieferungen und Lobbyismus zigital untermauert. Abschließend sollen trotzdem - oder besser: deswegen - realistische Alternativen für eine kluge westliche Nahostpolitik - und damit auch für den Umgang mit dem IS - präsentiert werden, die zur weiteren akademischen und politischen Diskussion anregen sollen (siehe dazu auch Walt 2016).

4.2.1 Der Pakt mit dem Teufel - an Assad festhalten

Eine militärische Lösung gegen den IS scheint ausgeschlossen. Den Luftschlägen müssten Bodentruppen folgen, wozu es in der internationalen Allianz keine Bereitschaft gibt. Denn der IS, geführt von ehemaligen irakischen Generälen, die sich in der Region sehr gut auskennen, sieht darin seine einzige Chance, den Krieg auf dem Boden in die Länge zu ziehen. Die irakische Armee gilt Experten zufolge als zu schwach, um dem IS alleine die Stirn zu bieten. Bleibt nur Assad und seine Armee. Dazu muss man von Zielen eines *regime change* absehen und den Diktator aus Damaskus in internationalen Verhandlungen unter Beteiligung Russlands, der USA, Saudi-Arabiens und des Iran darauf verpflichten, gemeinsame Sache mit den syrischen Kurden (PYK), die das türkisch-syrische Grenzgebiet bei Kobane kontrollieren, den irakischen Peschmerga-Kurden, die große Teile im Norden rund um Erbil kontrollieren, und der oppositionellen Freien Syrischen Armee (die von Aleppo aus operiert) zu machen und systematisch und mit geeinten Kräften gegen den IS vorzugehen.

4.2.2 Saudi-Arabien und den Iran ins Boot holen – und auf die arabische Welt hoffen

Selten schien die Konstellation günstiger, zwei Akteure ins Boot zu holen, ohne die es keine Lösung gegen den IS geben wird: Iran und Saudi-Arabien. Das Königshaus in Riad ist angesichts des sinkenden Ölpreises so geschwächt, dass die Staatspleite in fünf Jahren droht - und der Westen als Abnehmer saudischen Öls hier Druck aufbauen könnte. Und Teheran ist nach dem erfolgreichen Abschluss der Atom-Verhandlungen und dem Ende der Wirtschaftssanktionen mehr denn je auf Westkurs. Die USA müssen den Iran beteiligen, nicht länger ausgrenzen. Gleichzeitig könnte der Westen mit neuen Sanktionen drohen, sollten beide Kontrahenten um die regionale Vorherrschaft am Persischen Golf nicht ihren Stellvertreterkrieg im jemenitischen Bürgerkrieg beenden.

4.2.3 Der arabische Widerstand gegen den IS

Letztlich hat der IS mit zahlreichen arabischen Staaten ideologische Rechnungen offen und buhlt um die Interpretationshoheit und die Vorherrschaft in der muslimischen Welt. Das dürfte vielen Monarchien und Regierungen, die noch ruhig zusehen, wie sich der IS ausbreitet, auf Dauer nicht gefallen. Hinzu kommt, dass die meisten Opfer des IS Muslime sind und es zu lokalem Widerstand kommen könnte, der sich ausbreitet. Und das auch in der Türkei, denen eine Schlüsselposition zukommt, die sich ihr Präsident Erdogan grundsätzlich wünscht. Erdogan muss von der NATO und der EU die klare Botschaft erhalten: Begrabe das Kriegsbeil mit Assad um die sunnitische Vorherrschaft, mache keine Ölgeschäfte mehr mit dem IS (der dadurch empfindlich getroffen würde) und unterstützte die syrische Koalition unter Einbezug der Kurden, oder die Mitgliedschaften in der westlichen Gemeinschaft stehen auf dem Spiel. Diese *sticks and carrots-Strategie* wäre für die Allianz und für Europa nicht neu. Es gibt also Anlass zur Hoffnung, dass sich alle arabischen Regierungen und Gesellschaften vereint zum Kampf gegen den IS entscheiden werden – ganz *ohne* westliche

Interventionen. Diese Hoffnung sollte nicht durch eine unkluge westliche Interventionspolitik wie in der Vergangenheit zerstört werden. Sonst heißt der Sieger IS.

Literaturverzeichnis

Böhme, Jörg (2005): Friedenschancen nach Camp David: Legenden - Realität - Zukunftsperspektiven für Israel und Palästina. Bad Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.

Brock, Lothar (2004): Frieden durch Recht. Zur Verteidigung einer Idee gegen "die harten Tatsachen" der internationalen Politik. Frankfurt: HSFK-Standpunkte, Nr. 3/2004.

Buchta, Wilfried (2015): Terror vor Europas Toren. Der Islamische Staat, Iraks Zerfall und Amerikas Ohnmacht. Frankfurt: Campus.

Daalder, Ivo/Lindsay, James (2003): America Unbound. The Bush Revolution in Foreign Policy. Washington D.C.: Brookings Institute.

Datta, Monti Narayan (2014): Anti-Americanism and the Rise of World Public Opinion: Consequences for the US National Interest. Cambridge: University Press.

Gadinger, Frank/Heck, Axel/Dittgen, Herbert (2008): Amerikanische Außenpolitik im Zeichen des „Krieges gegen den Terror“. In: Politische Vierteljahresschrift 49/4, S. 726-755.

Frum, David/Perle, Richard (2004): An End to Evil. How to win the War on Terror. New York: Ballantine Books.

Fukuyama, Francis (2007): Das neokonservative Erbe, in: Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg. Berlin: List, S. 23-74.

Fukuyama, Francis (2006): America at the Crossroads. Democracy, Power, and the Neoconservative Legacy. New Haven: Yale University Press.

Gilpin, Robert (2005): War is Too important to be Left to Ideological Amateurs. In: International Relations 19/1, S 5-18.

Gunkel, Christoph (2013): Irakischer Giftgasangriff: Geruch von Müll und süßen Äpfeln. <http://www.spiegel.de/einestages/giftgasangriff-auf-halabdscha-1988-a-951065.html> (abgerufen am 16.1.2016).

Halper, Stefan/Clarke, Jonathan (2004): America Unbound: The Neo-Conservatives and the Global Order. Cambridge: University Press.

Homolar-Riechmann, Alexandra (2003): Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung. Zu den politischen Vorstellungen neokonservativer Think Tanks. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Band 46, S. 33-40.

Johannsen, Margret (2011): Entstehung und Entwicklung des Konflikts, in: Der Nahost-Konflikt. 3. akt. Aufl.. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S, 11-37.

Kagan, Robert (2008): Die Demokratie und ihre Feinde: Wer gestaltet die neue Weltordnung? München: Siedler.

Kaplan, Lawrence F./Kristol, William (2003): The War over Iraq: Saddam's Tyranny and America's Mission. San Francisco: Encounter Books.

Keller, Patrick (2008): Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik. Ideen, Krieg und Strategie von Ronald Reagan bis George W. Bush. Paderborn: Schöningh.

Keller, Patrick/Dehez, Dustin (2009): Bush Got the Big Things Right. History will be kind to the forty-third president. In: The Weekly Standard January 2009, <http://www.weeklystandard.com/article/17094>.

Krauthammer, Charles (2004): Democratic Realism. An American Foreign Policy for an Unipolar World. Washington: American Enterprise Institute Press, S. 1-8.

Kristol, Irving (2003): The Neoconservative Persuasion. In: The Weekly Standard 8/47, S. 23-27.

Kristol, William (2003): Testimony Before the Senate Foreign Relations Committee, 8 April.

Kristol, William/Kagan, Robert (1996): Towards a Neo-Reaganite Foreign Policy. In: Foreign Affairs 75/4, S. 18-32.

Krüger, Karin (2015): Generation Dschihad, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (22.11.2015). <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/die-is-jugend-generation-dschihad-13923621.html> (abgerufen am 16.1.2016).

Kubbig, Bernd W. (2004): Wolfowitz' Welt verstehen. Entwicklung und Profil eines „demokratischen Realisten“. HSKF-Report 7/2004. Frankfurt: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

Kubbig, Bernd (Hg.) (2003): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas. Frankfurt: Campus.

Lake, Anthony (1994): Confronting Backlash States. In: Foreign Affairs 73/2, S. 45-55.

Lieber, Robert J. (2005): Iraq and the Middle East: Dilemmas of U.S. Power. In: The American Era. Power and Strategy for the 21st Century. Cambridge: University Press, S. 125-155.

Lüders, Michael (2015): Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet. München: Beck.

Mearsheimer, John/Walt, Stephen (2007): The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy. New York: Farrar, Straus and Giroux.

Mearsheimer, John/Walt, Stephen (2003): An Unnecessary War. In: Foreign Policy 134, S. 50-59.

Mearsheimer, John (2001): Anarchy and the Struggle for Power, in: The Tragedy of Great Power Politics. New York: Norton, S. 29-54.

Mejias, Jordan (2007): Let's Bomb Iran“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (8.11.2007), S. 35.

Molloy, Benjamin M. (2002): Vietnam, the Middle East, and Israeli Security, in: Power and Transcendence: Hans J. Morgenthau and the Jewish Experience. Lanham: Lexington Books, S. 173-201.

Morgenthau, Hans J. (1977a): The Threat to Israel's Security. In: New Leader, March 14, S. 7.

Morgenthau, Hans J. (1977b): The Pathology of American Power. In: International Security 1/ 3, S. 3-20.

Morgenthau, Hans J. (1975): The Decline of the West. In: Partisan Review 42/2, S. 508-516.

Morgenthau, Hans J. (1973): The Geo-Politics of Israel's Survival. In: New Leader, December 24, S. 4.

Morgenthau, Hans J. (1968): U.S. Misadventure in Vietnam. In: Current History 54/317, S. 29-35.

Morgenthau, Hans J. (1967): After the Shooting: Israel and the Mideast. In: New Leader, June 19, S. 3.

Morgenthau, Hans J. (1965a): Vietnam: Shadow and Substance of Power. In: Vietnam and the United States. Washington D.C.: Public Affairs Press, S. 9-20.

Morgenthau, Hans J. (1965b): We Are Deluding Ourselves in Vietnam. In: Vietnam and the United States, S. 61-73.

Morgenthau, Hans J. (1960): The Purpose of American Politics. New York: Knopf.

Morgenthau, Hans J. (1952a): Another "Great Debate". The National Interest of the United States. In: American Political Science Review 46/4, S. 961-988.

Morgenthau, Hans J. (1952b): What is the National Interest of the United States? In: Annals of the American Academy of Political and Social Science 282, S. 1-7.

Morgenthau, Hans J. (1951): The Moral Dilemma in Foreign Policy. In: Yearbook of World Affairs 5, S. 12-36.

Podhoretz, Norman (2004): World War IV: How It Started, What It Means, and Why We Have to Win. In: Commentary 118/2, S. 17-54.

Podhoretz, Norman (2007a): World War IV: The Long Struggle Against Islamofascism. New York: Doubleday Books.

Podhoretz, Norman (2007b): Warum wir Iran bombardieren müssen“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (11.11.2007), S. 31.

Reichwein, Alexander (2015a): Morgenthau, Vietnam und die Sorge um Amerika: Zum Staats- und Demokratieverständnis eines "ziemlich deutschen" liberalen Realisten. In: Troy, Joydok/Rohde, Christoph (Hg.), Macht, Recht, Demokratie: Zum Staatsverständnis Hans J. Morgenthau. Baden Baden: Nomos, S. 95-139.

Reichwein, Alexander (2015b): Die Barbarei hat ein Ziel - der "Heilige Krieg" um Macht. http://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_76196836/islamischer-staat-barbarei-hat-ein-ziel-heiliger-krieg-um-macht.html (abgerufen am 16.1.2016).

Reichwein, Alexander (2013a): Hans J. Morgenthau und die Twenty Years' Crisis - Eine kontextualisierte Interpretation des realistischen Denkens in den IB. Frankfurt: Dissertationsschrift.

Reichwein, Alexander (2013b): Geschichte, Ideologie und Außenpolitik: Morgenthau und Israel. In: Hans J. Morgenthau, S. 129-152.

Reichwein, Alexander (2013c): Morgenthau und Israel: Ideologischer Kern und Lehre aus der Geschichte. In: Hans J. Morgenthau, S. 397-407.

Reichwein, Alexander (2013d): Neuer Standort, neues Denkkollektiv, alter Denkstil: das „national interest“. In: Hans J. Morgenthau, S. 342-371.

Reichwein, Alexander (2013e): Kritik an ideologischer Außenpolitik: das Nationalismus-Argument. In: Hans J. Morgenthau, S. 95-100.

Reichwein, Alexander (2013f): Demokratie und Außenpolitik: Widerstand gegen den Vietnamkrieg. In: Hans J. Morgenthau, S. 87-128.

Reichwein, Alexander (2013g): Moral und Außenpolitik: Morgenthau vs. Wilson? In: Hans J. Morgenthau, S. 87-128.

Reichwein, Alexander (2011): Ideologie und Außenpolitik: Die Neokonservativen und der 11. September, in: Jäger, Thomas (Hg.), Die Welt nach 9/11. Auswirkungen des Terrorismus auf Staatenwelt und Gesellschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 53-80.

Rudolf, Peter (2003): Der 11. September, die Neuorientierung amerikanischer Außenpolitik und der Krieg gegen den Irak. In: Zeitschrift für Politik 50/3, S. 257-280.

Rüesch, Andreas (2016): 25 Jahre „Dessert Storm“: Die Mutter aller Schlachten, in: neue Zürcher Zeitung (16.1.2016). <http://www.nzz.ch/international/amerika/die-mutter-aller-schlachten-1.18678143> (abgerufen am 16.1.2016).

Schipper, Lena (2015): Wie finanziert sich der IS, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (23.11.2015). <http://www.faz.net/aktuell/politik/kampf-gegen-den-terror/wie-finanzieren-sich-terroristen-des-islamischen-staates-13924885.html> (abgerufen am 16.1.2016).

Steininger, Rolf (2012): Der erste israelisch-arabische Krieg, der Suezkrieg, der Sechstagekrieg, in: Der Nahostkonflikt. Überarbeitete u. aktualisierte Auflage. Frankfurt: Fischer, S. 78-98.

Tuchman, Barbara (2003): Die Torheit der Regierenden: von Troja bis Vietnam. 3. Auflage. Frankfurt: Fischer.

Wagner, Christian (2014): Unbreakable Commitment? Die Beziehungen zu Israel und die Zukunft der amerikanischen Weltführungspolitik, in: Hagemann, Steffen/Tönnemann, W./Wilzewski J. (Hg.), Weltmacht vor neuen Herausforderungen. Die Außenpolitik der USA in der Ära Obama. Trier: Wissenschaftlicher Verlag, S. 221-266.

Walt, Stephen M. (2016): What Would a Realist World Have Looked Like? In: Foreign Policy January (<https://foreignpolicy.com/2016/01/08/what-would-a-realist-world-have-looked-like-iraq-syria-iran-obama-bush-clinton/>).

Walt, Stephen M. (2002): Beyond bin Laden: Reshaping U.S. Foreign Policy. In: Foreign Affairs 26/3, S. 56-78.

Waltz, Kenneth N. (1979): Anarchic Orders and Balances of Power, in: Theory of International Politics, New York: MacGraw-Hill, S. 102-128.

Wilzewski, Jürgen (2004): Die Bush-Doktrin, der Irakkrieg und die amerikanische Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B45, S. 24-32.

www.theguardian.com (25. Oktober 2005): Tony Blair makes qualified apology for Iraq war ahead of Chilcot report. <http://www.theguardian.com/uk-news/2015/oct/25/tony-blair-sorry-iraq-war-mistakes-admits-conflict-role-in-rise-of-isis> (abgerufen am 16.1.2016).

www.sueddeutsche.de (25. Oktober 2015): Tony Blair räumt Mitschuld am Aufstieg des IS ein. <http://www.sueddeutsche.de/politik/irak-krieg-tony-blair-raeumt-mitschuld-am-aufstieg-des-is-ein-1.2707269> (abgerufen am 16.1.2016).